

## Berliner Ausbildungsumlage auf der Zielgeraden

**Angesichts der dramatischen Lage am Berliner Ausbildungsmarkt und auf Druck der Gewerkschaften hatten CDU und SPD 2023 im Koalitionsvertrag vereinbart, eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage einzuführen, wenn die Berliner Ausbildungsbetriebe bis 31.12.2025 nicht 2.000 zusätzliche Ausbildungsverträge abschließen. Das Gesetz für diese Ausbildungsumlage ist auf der Zielgeraden. Am Mittwoch, 18.3., beraten es die Abgeordneten im Hauptausschuss, bevor es vom Plenum des Abgeordnetenhauses beschlossen werden kann.**

Die Berliner Wirtschaftsverbände, vor allem die IHK und der Arbeitgeberverband (UVB), versuchen alles, um die Einführung einer gesetzlichen Ausbildungsumlage zu verhindern. **Wie schon in den letzten Jahren werden dabei viele Mythen wiederholt:**

### MYTHOS 1: „Die Ausbildungsumlage kostet auch ausbildende Betriebe viel Geld“

In den Statements der Berliner Wirtschaftsverbände ist immer nur von einer „Zwangsabgabe“ die Rede. Dabei würden viele Unternehmen von der Umlage profitieren, denn die Einnahmen kommen allen ausbildenden Betrieben zugute. In Bremen, wo ein gesetzlicher Ausbildungsfonds bereits existiert, wurden seit Mitte Dezember 2025 knapp 9 Millionen Euro netto an ausbildende Betriebe ausgezahlt. Netto heißt: Umlagebeiträge und Erstattungen werden saldiert. Es muss also kein Betrieb erst bezahlen und bekommt dann irgendwann Geld. Bremen hätte schon mehr ausgezahlt, wären nicht viele Gelder durch Klagen blockiert.

### MYTHOS 2: „Die Ausbildungsumlage ist wirkungslos“

Die Ausbildungsumlage ist kein theoretisches Konzept, sondern wird bereits seit 1976 praktisch und erfolgreich durchgeführt – lange Zeit nur auf tarifvertraglicher Basis, seit 2020 auch durch eine gesetzliche Branchenumlage (Pflege).

Die Berliner Wirtschaftsverbände behaupten immer wieder, dass die Umlage wirkungslos und ein Relikt aus der Vergangenheit sei.

Ganz anders sehen das diejenigen, die seit 50 Jahren an der Ausbildungsumlage nicht nur festhalten, sondern sie regelmäßig durch neue Tarifverträge weiterentwickeln: Die Sozialkasse Bauwirtschaft. Auf ihrer Website beschreibt sie die Ausbildungsumlage als Erfolgsmodell:

#### „Das Erfolgsmodell wird 50

*Anfang der 70er Jahre war die Ausbildungsquote in der Bauwirtschaft auf einem historischen Tiefstand. Zukunftsweisend ergriffen die Tarifvertragsparteien Maßnahmen, um die Ausbildung attraktiver zu gestalten. Schon 1976 führten sie die branchenweite Finanzierung der Berufsausbildung ein. Diese ist heute noch die Basis des Erfolgsmodells Berufsbildung am Bau – an der sich dank allgemeinverbindlicher Tarifverträge alle Baubetriebe solidarisch beteiligen.*

*Denn: Jeder Betrieb profitiert von gut ausgebildeten Mitarbeitern, aber nicht alle Betriebe können selbst ausbilden.*

*Die vor 50 Jahren geschaffene Lösung für den Bau ist auch heute so genial wie einfach. Alle Unternehmen - ob klein oder groß, ob Ausbildungsbetrieb oder nicht - zahlen eine tarifvertragliche Ausbildungsabgabe an SOKA-BAU. Im Gegenzug erstattet SOKA-BAU einen Großteil der Ausbildungskosten und finanziert die qualitativ hochwertige überbetriebliche Ausbildung. Die Maßnahmen zeigten schnell Wirkung: Zwischen 1974 und 1978 verdreifachte sich die Zahl der Ausbildungsplätze am Bau.“*

Quelle: <https://www.soka-bau.de/50-jahre>

## MYTHOS 3: „Die Wirtschaft hat geliefert“

Im Februar 2026 verkündeten die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB): „Die Wirtschaft hat geliefert: Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleister haben ihr Engagement in der dualen Ausbildung zuletzt deutlich gesteigert. Rund 1.100 zusätzliche Ausbildungsverträge in diesen Branchen seit 2023 sind eine ansehnliche Bilanz.“ Zur Erinnerung: 2023 hatten CDU und SPD lange um einen Kompromiss zur Ausbildungsumlage gerungen. Schließlich hatte die CDU zugesagt, eine gesetzliche Ausbildungsumlage in Berlin zu schaffen, wenn zwischen 2023 und 2025 nicht mindestens 2.000 zusätzliche Ausbildungsverträge zustande kommen.

Selbst wenn zu den von den UVB genannten 1.100 noch 100 aus den kleinen Kammern dazukommen, wurden noch nicht einmal zwei Drittel der vereinbarten 2.000 zusätzlichen Ausbildungsverträge erreicht. Hinzu kommt, dass rund 30 Prozent der zusätzlichen Ausbildungsverträge im Handwerk aus Gewerken kommen, die eine Ausbildungsumlage haben.

Auch bei den IHK-Zuwächsen lohnt es sich, genauer hinzuschauen. Es ist eindeutig positiv, dass die Ausbildungszahlen in Berlin gesteigert werden konnten. Allerdings hat die IHK massiv mit dem Argument „geworben“, mehr Ausbildungsplätze zu melden, um die Umlage zu verhindern. Auch der DGB bekam einen Brief von der IHK, in dem stand:

„...die drohende Ausbildungsplatzumlage trifft auch Ausbildungsunternehmen wie Ihres!  
Als IHK Berlin kämpfen wir gegen diese Strafabgabe – und dafür brauchen wir auch Ihre Unterstützung.“

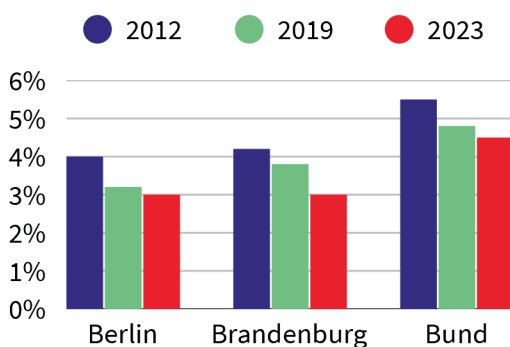
Vielleicht hat die „drohende Ausbildungsumlage“ Wirkung gezeigt und zu zusätzlichen Ausbildungsverträgen geführt. Allein dafür hätte sich die Auseinandersetzung schon gelohnt. Doch wie nachhaltig ist diese Droh-Strategie, wenn das Schreckgespenst Ausbildungsumlage nicht mehr da ist?

## MYTHOS 4: „Es gibt keine Ausbildungskrise in Berlin“

„Berlin ist dumm, aber sexy!“ – dieser Eindruck drängt sich auf, wenn die Kammern und Unternehmensverbände die Berliner Ausbildungskrise erklären bzw. für nicht existent erklären. Nach ihrer Auffassung besteht das Problem nur in den „nicht ausbildungsreifen“ Jugendlichen. Dabei sind Statistiken seit Jahren eindeutig, zuletzt dokumentiert in der Antwort des Senats auf die parlamentarische Anfrage der arbeitsmarktpolitischen Sprecher von CDU (Dr. Martin Pätzold) und SPD (Sven Meyer) vom 16.02.2026 (Drs. 19/25 049). Berlin ist das Schlusslicht in der betrieblichen Ausbildung.

## Nirgendwo sonst in Deutschland bilden weniger Betriebe aus.

Ausbildungsquote



Ausbildungsbetriebsquote

